

Frau
Präsidentin des Nationalrates
Doris Bures
Parlament
1017 Wien

GZ: BMGF-11001/0062-I/A/5/2017

Wien, am 31. März 2017

Sehr geehrte Frau Präsidentin!

Ich beantworte die an meine Amtsvorgängerin gerichtete schriftliche parlamentarische **Anfrage Nr. 11784/J der Abgeordneten Carmen Schimanek und weiterer Abgeordneter** nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Fragen 1 bis 3:

- *Gibt es Studien über die konkreten gesundheitlichen Folgen für die Anrainer an der Inntalautobahn durch die Schadstoffbelastungen?*
- *Wenn ja, zu welchem Schluss kommen diese Studien?*
- *Wurden in den letzten 10 Jahren bestimmte Krankheitsbilder, die laut WHO als Folge von Schadstoffbelastungen gelten (Atemwegserkrankungen, Lungenkrankheiten, Herzinfarkte und Krebs, etc.) im Unterinntal vermehrt wahrgenommen?*

Meinem Ressort sind keine Studien bekannt, die sich speziell mit diesen Fragestellungen befassen.

Fragen 4 und 5:

- *Gibt es Untersuchungen, welche die Folgen von Schadstoffbelastungen auf die Gesundheit von Kindern untersuchen?*
- *Wenn ja, zu welchem Ergebnis kommen diese Studien und sind die allfälligen Auswirkungen auch im Unterinntal nachweisbar?*

Zahlreiche Studien belegen zweifelsfrei, dass eine übermäßige Schadstoffbelastung der Luft negative gesundheitliche Auswirkungen mit sich bringt. Kinder zählen sicher zu den von einer Schadstoffbelastung am stärksten betroffenen Personengruppen.

Meinem Ressort sind keine Studien bekannt, die sich konkret mit den Auswirkungen der Schadstoffbelastung im Unterinntal auf die Gesundheit der dort ansässigen Kinder befassen.

Fragen 6 bis 8:

- *Welche Maßnahmen hat das Bundesministerium für Gesundheit und Frauen seit 2013 gesetzt, um die gesundheitlichen Folgen durch verkehrsbedingte Schadstoffbelastungen abzufedern?*
- *Welche Auswirkungen konnten durch diese Maßnahmen erzielt werden?*
- *Welche weiteren diesbezüglichen Maßnahmen sind in der aktuellen Legislaturperiode noch geplant?*

Negative gesundheitliche Auswirkungen durch verkehrsbedingte Schadstoffbelastungen können praktisch nur durch eine Reduktion des Schadstoffausstoßes verringert bzw. vermieden werden. Das Setzen von diesbezüglichen Maßnahmen fällt nicht in den Vollziehungsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit und Frauen.

Dr.ⁱⁿ Pamela Rendi-Wagner, MSc

